

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 288.

Freitag, den 9. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

## Der Leipziger Rappisten-Prozess.

Leipzig, 8. Dezember. (Eigener Drahtber.)

Am Donnerstag wurde mit den Zeugenernehmungen begonnen. Der erste Zeuge Grabowski, Anführer der Schützenbrigade und stellvertretender Geschäftsführer der nationalen Vereinigung, wird vorläufig unverdächtig vernommen. Zunächst wäscht er die „nationale Vereinigung“ von der Anklage des Putzschismus rein. Die nationale Vereinigung hätte nur „ideale Ziele“ gehabt. Sie war erst im Entstehen begriffen. Grabowski gehört zu den reaktionären Typen, die krank im Bett liegen, aber schnell gesund sind, als Kapp in der Reichskanzlei saß. Am 10. März sollte Grabowski verhaftet werden. Natürlich weiß er nicht, warum. Nach seiner Ansicht wollte Ehrhardt nur demonstrieren. Wenn die Regierung dageblieben wäre, wäre gar nichts passiert. Nur weil gar keine Regierung mehr bestand (!), habe Ehrhardt ein neues Kabinett einsehen müssen.

Frage des Oberreichsanwalts: Und wie erklären Sie sich das Stillschicken, das Kapp, Ehrhardt usw. um 6 Uhr morgens am Brandenburger Tor einstanden. Am Freitag wird man Lubendorff selbst hören. Der Zeuge Grabowski belastet — ohne es zu wissen — den Angeklagten Schiele, den er als Kapp-Vertrauensmann erklärt.

Der nächste Zeuge, Dr. Kronen, hatte Briefe geschrieben, die zur Verlesung gelangten und nach denen Sitzungen im Februar stattgefunden haben. Der Zeuge Hermann ist nicht erschienen. — Sodann beginnt die Urkundenverlesung. Es kommen zunächst die bekannten Auftrufe und Erlasse der Kapp-Regierung zur Verlesung. Die von den Angeklagten bestrittene Ansicht der gewalttätigen Verfassungsänderung tritt hier klar zutage. Jagow bezeichnet diese als die Privatarbeit eines Mandanten, den er nicht kenne. (!) Ebenso wollen Schiele und Wangerheim von nichts wissen. Während die am Kapp-Putsch stark beteiligten Zeugen Versuche machen, offensichtlich stark mit ihrer Wissenhaft zurückzuhalten, hätte bei einer geschickteren Verhandlungsleitung doch mehr herauszubringen sein müssen. Doch konnte bei den beschlagnahmten Dokumenten eine ähnliche Zurückhaltung nicht geübt werden. Ihre Verlesung ist eine schwere Belastung der Angeklagten. Die Zahl der Dokumente ist groß, ihre Bedeutung sehr verschiedener Art. Kriminalistisch, politisch und moralisch bezeichnend für Jagow und seine Genossen.

Alsdann folgt die Verlesung zweier Briefe, die dem Angeklagten Schiele bei seiner Verhaftung abgenommen worden sind und von Kapp stammen. Der eine Brief ist an den Grafen Westarp, den Herausgeber der „Kreuzzeitung“, gerichtet. Er wiederlegt eine Notiz des Generals v. Lüttich an die „Kreuzzeitung“, in der die Theorie aufgestellt war, der Kapp-Putsch habe nur die bedrohte Verfassung schützen wollen, wie es bekanntlich auch die Verteidigungstheorie der jetzigen Angeklagten ist. Kapp jagt diese Theorie in einer Weise tot, die den Jagow, Schiele und Wangerheim einige Ohrfeigen verjagt. Würde er, Kapp, die Theorie annehmen, daß er die Verfassung habe schützen wollen, so würde er sich damit politisch und moralisch totmachen.

Die Briefe lassen klar erkennen, daß Kapp sich absolut über den Charakter eines Unternehmens klar ist und jede Abkündigung als Verachtung empfindet. Er wollte die Weimarer Verfassung stützen und drückt offenen Ekel vor seinen Spießgesellen aus, die das leugnen. Der Brief Kapps ist zwar mit Recht auf Lüttich gemünzt, trifft jedoch jetzt Jagow und Genossen, indem er die abtrünnige Heuchelei ihres Verteidigungssystems aufdeckt. Kapp schließt: „Wenn er sich selber vor Gericht stelle, so müsse er durch seine Verteidigung seine Freunde bloßstellen. Mit Lügen wolle er sich nicht verteidigen, deshalb könne er sich dem Gericht nicht stellen.“

Die Entlastung der am Unternehmen Beteiligten, schreibt Kapp weiter, sei Nebenache gegenüber der Forderung, den Sinn des Unternehmens hinterher nicht umzufälschen. Das heißt: Jagow, Schiele und Wangerheim gebrauchten faule Ausreden. „Seid ehrlich und steht zu Eurer Sache!“ Ob diese Anregung nützen wird? Doch Kapp hat noch weitere Ursachen zum Jota. Fürchtbar schimpft er über die

Laune und feige Verräterei der Generale.

Die Generale hätten ihn im Stich gelassen, hätten verhandelt, statt zu handeln. Auch den braven Ehrhardt hätten sie vor dem entscheidenden Entschluß ein paar Stunden wandelnd gemacht und aufgehalten. So habe die Regierung fliehen können, deren Verhaftung in der Nacht zum 13. März beabsichtigt war. In diesem Zusammenhang verdient der gleichfalls verlesene Putschplan Beachtung, den der flüchtige Angeklagte Schnitzler schon im September 1919 entworfen hat und der teilweise genau befolgt wurde. Genau ist alles verzeichnet, was zwei Tage, was einen Tag, was in der Nacht vor dem Kapp-Putsch geschehen sollte. Nachts zwischen 1 und 6 Uhr sollte die Verhaftung Eberts und der Regierung erfolgen, die Einsetzung Kapps zum Reichskanzler. Das war schon im September geplant. An dem Verjagen Ehrhards Scheiterie die Verhaftung und nach Kapps Ausführungen ist

daran die ganze Sache zugrunde gegangen.

Ein Schriftstück Schnitzlers wird verlesen, das außer allen möglichen Verschwörerbesprechungen immer wieder den Namen Lubendorff nennt. Auch Briefe des Angeklagten Schiele werden verlesen, der plötzlich so gebächelnisch wird, daß er sich weder des Adressaten noch des Inhalts erinnert. Schiele, der überhaupt an Schreiberwut leidet, hatte bei seiner Verhaftung sogar schon eine Verteidigungsrede fertig bei sich. Sie schließt mit der Bitte, ihn nur zu Festungshaft, aber nicht zu Zuchthaus zu verurteilen. (!) Das sieht nicht wie das Gefühl der Unschuld aus. Im allgemeinen beweist die Verlesung der Dokumente eine schwere Niederlage der Angeklagten. Man gewinnt Einblick in ihre monatelange Verschwörerstätigkeit. Daneben offenbaren die Schriftstücke auch, welche blutigen Dilettanten auf politischem Gebiet die Leute waren, die hier eine Führerrolle übernehmen. In einem Brief an Oberst Bauer schreibt zum Beispiel Schnitzler: „Unser Ziel ist, unserem Kronprinzen seinen Thron zurückzugewinnen.“ Das hinderte später die Kapp-Regierung nicht, die Behauptung von monarchistischen Zielen als Lüge hinzustellen. An anderer Stelle bezeichnet Schnitzler als sein Ziel: „Die Wiederherstellung der Reichsverfassung, wie sie vor der Revolution war.“ (Schluß der Redaktion.)

## Bewilligung des Moratoriums?

U. London, 9. Dezember. (Deutsche Ag. Jtg.) Die „Wall Mall Gazette“ berichtet: Athenau werde nach Deutschland die Versicherung mitnehmen, daß das Moratorium seitens der Entente bewilligt werde.

## Die Finanzkontrolle über Deutschland.

Paris, 9. Dezember.

Der „Temps“ erklärt: Zur Kontrolle und Einteilung der Ausgaben müsse dem Deutschen Reich ein Beirat gegeben werden, der die Verteilung der Staatsposten und der einzelnen Ministerien vornimmt.

## Harding über die Frage der Einladung Deutschlands.

Washington, 9. Dezember.

Die englischen Korrespondenten melden ihren Blättern: Harding habe erklärt, daß die Einladung Deutschlands nach Washington unnütz sei. Hierzu wird bekannt, daß Harding weiter gesagt hat, die Einladung Deutschlands sei im gegenwärtigen Augenblick nicht notwendig. Daraus kann man schließen, daß Deutschland in irgendeiner Form später zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert wird, oder daß sein Erscheinen in Washington zu der Finanzkonferenz geplant sei.

## Ein Wirtschaftsabkommen mit Portugal.

Zwischen Deutschland und Portugal ist ein Wirtschaftsabkommen zustande gekommen. Die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal liegt nun ungefähr ein Jahr zurück. Der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens war mehrfach stark behindert durch den ständigen Wechsel der portugiesischen Regierungen; auch der letzte innerpolitische Umsturz vor einigen Wochen machte sich nochmals fühlbar. Andererseits drängte die öffentliche Meinung Portugals immer mehr auf Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Deutschland. Leider war es bisher noch nicht möglich, den gesamten liquidierten deutschen Besitz zurückzuerhalten; doch hofft man deutschseits, auch dieses wirtschaftliche Ziel noch zu erreichen. Portugal ist das erste Land, das Deutschland die volle uneingeschränkte Weisbegünstigung gewährt. Auch von besonderen Valutazuschlägen, die zu befürchten waren, ist der deutsche Export dadurch verschont. Als Gegengabe für das für Deutschland günstige Abkommen mußten wir uns verpflichten, eine gewisse Menge portugiesischer Spezialweine nach Deutschland hereinzulassen; doch ist diese Menge beträchtlich geringer als vor dem Kriege.

## Weiterer Rückgang des Dollars.

Am Donnerstag setzte der Dollar an der Berliner Börse mit etwa 210 ein und ging im weiteren Verlauf bis auf 200 zurück. Es notierten amtlich: Kabel-Neuyork 203, London 825, Holland 7350.

## Die Reform der Eisenbahn.

Von einem in den Geheimnissen der Eisenbahnverwaltung wohlwandelnden Fachmann wird uns zu dieser brennenden Frage geschrieben:

Die Herren des Reichswirtschaftsrates, zu dessen Verkehrsamt Herr v. Schorlemer und andere Gleichgesinnte gehören, verlangen, daß durch Ersparnisse an Personal und durch Verlängerung der Arbeitszeit eine Verbesserung in der Finanzlage der Eisenbahn geschaffen werden soll. Da nach Ansicht dieser Herren nur eine Verbesserung im kaufmännischen Sinne erfolgen kann, hat man bereits den Plan gefaßt, bei der angustrebenden privatwirtschaftlichen Ausnutzung der Eisenbahn den früheren Eisenbahnminister v. Breitenbach an die Spitze dieses kapitalistischen Unternehmens zu stellen. Dieser Herr, der in erster Linie das Defizit der Eisenbahnen mit verursacht hat und wegen seines Raubbaues an Menschen wie an Betriebsmaterial sich bei den Eisenbahnern noch heute einer besonderen „Beliebtheit“ erfreut, läßt jetzt als „Fachmann“ seine Stimme zugunsten dieser Lösung erschallen.

Ist es Unwissenheit oder geschieht es trotz besseren Willens?

Von dem früheren Eisenbahnminister sollte man doch erwarten dürfen, daß er die wahren Ursachen des Niederganges der Eisenbahnen kennt. Statistisches Material über die große Steigerung der Materialkosten ist schon in Nr. 563 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre und neuerdings wieder mitgeteilt worden. Die da angegebenen Preise zeigen schon deutlich, welche Aufsummen von der Industrie gegen 1914 von der Eisenbahn gefordert werden. Zu den tatsächlichen Ausgaben kommen die Milliardenausgaben, die durch den Krieg, infolge der Beförderung des Menschen- und Kriegsmaterials, noch heute bei der Eisenbahn zu Buch stehen und welche durch „Sparsamkeit“ abgehucht werden sollen.

So lächerlich für den Fachmann diese Sparmaßnahmen im Verhältnis zur Größe des Defizits sind, so irreführend sind sie für den Laien. Hier auf scheint man in gewissem Kreise zu spekulieren! Die berühmte „gute alte Zeit“ muß dazu herhalten, und da das Kritizieren ja leichter ist als das Bessermachen, so bringt man immer wieder die alte Mär von „den hohen Löhnen und Gehältern“ sowie dem übermäßigen Personalbestand (der allerdings infolge des Kraftstoffanstieges ein höherer geworden ist), ohne den wahren Grund der Defizitwirtschaft, die bereits unter Herrn Breitenbach zum Teil bestand, einzugestehen.

Wie konnte ein Fachmann es zulassen, daß aus den Lokomotiven — die doch wohl wirklich nötig waren — die edelsten Bestandteile, wie bronzene Achslager, kupferne Feuerbuchsen usw. herausgerissen wurden! Auf diesen Wahnsinn, der sich noch heute auswirkt, ist es zurückzuführen, daß wir wegen des immens hohen Reparaturstandes hohe Beträge abzuschreiben haben.

Wenn durch die Eisenbahn derartig stark belastet sind, so kann man der Verwaltung der Eisenbahn hieraus keinen Vorwurf machen, da nur durch schnellste Hilfe (wenn auch zu teuersten Preisen das Material eingekauft werden mußte) eine Rettung des 1917 vollständig niedergeworfenen Eisenbahnwesens möglich war.

In Beantwortung einer Anfrage wird einem Teil der Lieferanten der Eisenbahn der Vorwurf gemacht, daß sie trotz aller Dringlichkeit der Lieferungen ihrer Lieferpflicht nicht nachgekommen sind.

Wenn immer wieder betont wird, daß nur bei kaufmännischer Leitung der Staatsbetriebe eine Heilung der Staatsfinanzen möglich ist, so ist das irrig!

Wohl ist es jedem klar, daß eine Vereinfachung des Verwaltungsgeschäftsganges an Place ist; ausgeschlossen ist es jedoch, daß durch eine Uebergabe der Eisenbahn an das Privatkapital eine wirkliche Besserung erzielt werden kann. Zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahn ist es notwendig, daß die durch den Krieg entstandenen außerordentlichen Lasten vom Verlustkonto der Eisenbahn auf das der Kriegskosten zu Lasten des ganzen Reiches und nicht als laufende Ausgaben der Eisenbahn verbucht werden. Es bedeutet eine Verschleierung der Tatsachen, wenn über diese Kosten keine besondere Abrechnung erfolgt. Hierher gehören auch die durch Ablieferung von Lokomotiven und Wagen an die Entente entstandenen Kosten, für die Neuanschaffungen im Betrage von etwa 87,75 Milliarden Mark notwendig werden, sobald eine dem Werte der Leistung entsprechende Abrechnung der Militärtransporte. Welchen Umfang diese angenommen hatten, erhellt aus der Tatsache, daß wegen dieser Transporte der private zahlende Verkehr während des Krieges abgedrückt werden mußte, um eine Durchführung der Militärtransporte zu gewährleisten. Diese Transporte, die nur zu einem Teil verbucht und verrechnet worden sind, belasten noch heute die Verwaltung. Kosten, die in ihrer schwindelnden Höhe die Einnahmen von etwa 8 Friedensbetriebsjahren übersteigen. Der größte Teil der Entschädigung für verlorene und geraubte Güter gehört ebenfalls auf

Dieses Konto. Ebenso ein Teil der Erneuerungskosten für den Eisenbahnbau, der in seiner Gesamtlänge etwa 10 448 Kilometer umfaßt; wurden doch während der fünf Kriegsjahre keine Erneuerungen des Bahnkörpers vorgenommen. Unter normalen Verhältnissen ist eine Erneuerung des Oberbaues schon alle fünf Jahre erforderlich. Diese Erneuerungskosten sind infolge erhöhter Abnutzung durch die Kriegstransporte für das gesamte Eisenbahnnetz im Rückstand. Eine Verteilung dieser Kosten auf angemessene Zeit in den Etats (etwa zehn Jahre) ist unbedingt notwendig, kann doch nicht erwartet werden, daß die jährlichen Einnahmen der Eisenbahn diese jetzt dringend notwendigen Erneuerungen in ein paar Etatsjahre balancieren. Der Fehler des Systems Breitenbach infolge Durchführung des „Hindenburg-Programms“, der die Entwertung der Lokomotiven verschuldete (Herausreißen der Feuerbüchsen, bronzene Achslager usw.), gehört auch zu einem Teil auf das Verlustkonto des Krieges. Alle diese Lasten müßten bei einem Verkauf oder einer Verpachtung der Eisenbahnen an das Privatkapital auch von dem Reich getragen werden.

Bei einer gerechten Verteilung dieser Lasten läßt sich sogar eine Rentabilität der Eisenbahn bereits heute nachweisen. Diese könnte noch durch folgende Maßnahmen um ein beträchtliches erhöht werden, wenn man:

1. durch verbesserte Einrichtung des Fernsprechers und Telegraphen die Schreibarbeiten auf das unbedingt Nötigste vermindert.

2. Herstellung der gebrauchsnötigen Materialien, zum Beispiel Schienen, Stabeisen, Stahlbleche, Handwerkszeug, Ersatzteile für Lokomotiven und Wagen usw., in staatseigenen Betrieben. Hierzu bietet sich die Möglichkeit durch Umstellung der Deutschen Werke, damit durch Konkurrenz der Staatsbetriebe eine Bewucherung durch die Industrie ausgeschlossen wird.

Wendigung des Submissionswesens, welches der Schundlieferung bei teuersten Preisen Vorschub leistet.

3. Durch Vereinfachung der Verwaltungsordnung, Buchführung und Behandlung der sonstigen Geschäftsstücke nach kaufmännischen Gesichtspunkten.

4. Verkürzung der Ausbildungszeit für Beamten und Anwärter, indem man die Ausbildung nach einzelnen Dienstzweigen anstatt der jetzigen schematischen Allgemeinbildung vornimmt.

Betriebsdienstuntaugliche Beamte und solche, die sich für den Betriebsdienst nicht eignen, werden heute zum Teil noch durch den ganzen Ausbildungsgang gezwängt, obgleich sie nur den dritten Teil dieser erlernten Arbeiten später verrichten. Ebenso würde man bei einer Zulassung der Anwärter zu den einzelnen Betriebs-, Verkehrs- resp. Verwaltungszweigen, wenn man dem Wunsche des Anwärters entsprechen würde, eine größere Ausnutzung der Arbeitskraft ohne Schwierigkeiten erzielen, da von diesen Beamten die ihren Fähigkeiten zugewandene bessere Bearbeitung des betreffenden Dienstzweiges erfolgen würde.

5. Schnellste Durchführung der Elektrifizierung sämtlicher Stadt- und Vorortbahnen und später des Fernverkehrs.

6. Durch gut dotierte Preisaufgaben, die zugleich Anreiz- und Aufreicherungsmöglichkeiten für den Löhner bringen, die Beamten und Arbeiter zur Abgabe von Vorschlägen zur Verbesserung und Hebung des Eisenbahnbetriebes anregen. Hierdurch würde der Staatsbedienstete von der Maschine zum denkenden Menschen erzogen werden, und da er in praktischer Ausübung seines Berufes häufig auf eine Verbesserung der Arbeitsmethode hinwirken kann, so wäre der Vorteil auf Seiten der Verwaltung. Nicht zuletzt wäre das engere Zusammenarbeiten der Verwaltung und der Gewerkschaften ein hervorragendes Mittel zur besseren Ausgestaltung des Betriebes. Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, läßt sich eine Hebung des Eisenbahnbetriebes innerhalb des jetzigen Rahmens durchführen, ohne daß Experimente, wie sie die Kapitalisierung der Eisenbahn erfordern würde, notwendig wären.

Bei einem Verkauf oder einer Verpachtung der Eisenbahn würden alle Lasten doch nur auf das Volk abgewälzt werden, während der Verdienst in die Taschen einiger weniger fließen würde.

## Der Stand der Reparationskrise. Loucheur und Rathenau in England.

Paris, 8. Dezember.  
Loucheur erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“, daß er zwei bis drei Tage in London bleibe, es sei aber auch möglich, daß er Ende der Woche noch nicht nach Paris zurückkehren könne. Er reise nach England, hauptsächlich, um die Frage des Wessobener Abkommens mit den englischen Finanzministern zu besprechen. Es sei aber wahrscheinlich, daß er im Laufe seiner Anwesenheit auch mit Rathenau zusammenkomme. Er sei überzeugt, daß aus seinen Unterhaltungen die Lage hervorgehen werde, die zu einem Einverständnis zwischen England und Frankreich über die Fragen führen werde, die angeblich zur Debatte ständen.

London, 8. Dezember. Reuters. Bisher wurde keine Entscheidung vom Finanzamt des Kabinetts über die deutschen Reparationen erreicht. Eine weitere Zusammenkunft, deren Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird stattfinden. Loucheur wird mit Horne über die Frage der deutschen Reparationen im allgemeinen, im besonderen über die letzten Erörterungen zwischen den britischen Behörden und den deutschen Vertretern in London sprechen.

Die „Boitische Zeitung“ bringt die Ausbeurteilung des Londoner Aufenthalt Rathenaus in Zusammenhang mit der Reise Loucheurs nach London, die auf eine Anregung Lloyd Georges zurückzuführen ist. Loucheur werde in London zunächst mit dem englischen Finanzminister, dann mit Robert Horne und Rathenau gemeinsam konferieren.

Wie der „Lokalanzeiger“ mitteilt, fand gestern vormittag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, dem Reichsbankpräsidenten Javenstein und dem deutschen Botschafter in Paris eine Beratung über die Reparationsfrage statt.

Der deutsche Botschafter in Paris teilte, wie aus ein eigener Drahtbericht selbst, Donnerstag in Berlin, am den Reichskanzler von seinem Eindruck über eventuelle Aussichten anderer Reparationsverhandlungen zu unterrichten. Am Donnerstag nachmittag fanden eingehende Beratungen statt. Die Beratungen waren vertraulicher Natur. Dennoch sei aber festgestellt, daß man sich auch in Frankreich bereits damit abgefunden hat, daß Deutschland nicht ohne weiteres zahlen kann, sondern man ihm entgegenkommen muß.

Zur gleichen Zeit, wo Loucheur im Begriffe war nach England abzureisen, verließ die Pariser „Revue“ die Aussagen für ein Rotatorium, die aus neue zeigen, daß die An-

sichten auf ein Ergebnis der Kreditation nicht so schlecht sind, wie es von gewisser Seite hingestellt und gewünscht wird. Wir haben uns bereits damit abgefunden, daß es weder ein Rotatorium noch Kredite ohne Bedingungen gibt, liegen aber trotzdem die Hoffnungen, daß sich auch über diese Bedingungen reden läßt. Tatsächlich lebt man in parlamentarischen Kreisen, die mit der Regierung in enger Verbindung stehen, in der Gewißheit, daß die Verhandlungen zu einem Erfolge in der einen oder der anderen Form führen werde. Ungewiß ist nur noch in welcher Art, und wieviel uns von unseren Verpflichtungen erlassen werden wird. Der deutsche Botschafter in Paris weist seit Donnerstag in Berlin, um den Reichskanzler von seinen Eindrücken über erstl. Aussichten unserer Reparationsverhandlungen zu unterrichten. Am Donnerstag nachmittag fanden eingehende Beratungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsfinanzminister und dem Botschafter Dr. Mayer statt. Die Beratungen waren vertraulicher Natur; dennoch sei aber festgestellt, daß man sich auch in Frankreich bereits damit abgefunden hat, daß Deutschland nicht ohne weiteres zahlen kann, sondern man ihm entgegenkommen muß.

Die augenblicklichen guten Aussichten scheinen der Industrie sehr unangenehm zu sein; denn die Rede des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Industrie in Dresden zeugt von einem unverständlichen Mißverständnis. Die Ausführungen, die Dr. Sorge am Mittwoch in Dresden machte, erzeugen an Hochverrat und bedeuten nichts anderes als eine offensichtliche Sabotage der deutschen Kreditverhandlungen. Selbstverständlich verstand die Industrie als denjenigen Teil hinzustellen, der die Kreditation immer nur gefördert hat, obwohl auch ihm sehr genau bekannt sein sollte, daß für einen Kredit der Industrie die Privatfinanzierung der Eisenbahn zur Bedingung gemacht wurde und die Industrie eben in Wirklichkeit überhaupt nicht von der Abfertigung getragen waren, dem Reich mit der Bereitstellung von Mitteln zu helfen. Die Feststellung Sorges, daß die Industrie in der Lage gewesen wäre, 270 Millionen in Gold kurzfristig zu beschaffen, ist eine direkte Lüge, für deren Kennzeichnung uns die notwendigen Worte fehlen. Nie ist ein derartiges Angebot von dem Reichsverband der Industrie gemacht worden. Im Gegenteil, Herr Stinnes hat in den Sitzungen der Industriellen in Berlin mehrfach darauf hingewiesen, daß die Aussichten für die Beschaffung von Krediten durch die Industrie nicht günstig stehen und daß es deshalb kaum lohnt, in diesem Sinne eine Aktion in die Wege zu leiten. Die Meinung des Herrn Dr. Sorge, daß die angeblich noch fälligen 270 Millionen Goldmark aus den Goldbeständen der Reichsbank gedeckt werden könnten, läuft auf ein Körnenmander unverantwortlicher Art hinaus. Wir wissen, daß ein großer Teil der deutschen Kapitalisten auf den Augenblick wartet, wo der Markwert weiter sinkt, und es ist uns bekannt, daß man deshalb alle Hebel in Bewegung setzt. Herr Sorge ist selbst nicht davor zurückgeschreckt, die Aufmerksamkeit der Ententemächte auf die Bestände der Reichsbank zu wenden und hat somit neu bewiesen, daß den deutschen Kapitalisten die Sorge um den Geldbeutel mehr drückt, als die Not des Vaterlandes. Durch das Anstreifen des Goldbestandes der Reichsbank würde Deutschland um seinen letzten Kredit gebracht, was nicht im Interesse der europäischen Wirtschaft liegt. Und da die Entente-Politik das will, ist anzunehmen, daß sie andere Wege zur Erledigung der deutschen Verpflichtungen suchen und von der Denunziation der deutschen Industriellen keinen Gebrauch machen.

## Rußlands Hungersnot.

Genf, 7. Dezember.

Das Oberkommissariat des Internationalen Hilfsausschusses für das hungernde Rußland teilt mit: Dr. Kanjen hat bei seiner Abreise von Saratow nach Samara dem Oberkommissariat folgende Mitteilung zukommen lassen: Sie hin suchen durch die Gegend von Saratow gereist. Die Lage ist sehr ernst und wird von Tag zu Tag schlimmer infolge des zunehmenden Verbrauches aller vorhandenen Vorräte. Trotzdem hat die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe unter vorzüglicher Leitung von Mr. Webster hervorragende Arbeit geleistet und große Erfolge erzielt wie auch die American Relief Administration. Nach vor wenigen Wochen zählte man in Saratow dreißig bis vierzig Todesfälle am Tag. In den Kinder- und Flüchtlingsheimen ist aber dank unserer Kräfte die Sterblichkeit gegenwärtig auf 2 bis 3 Todesfälle gesunken. In Jekaterinosslaw ist die Lage schlimmer. Ich rechne auf sofortige Hilfe in großem Maßstabe, andernfalls wird die Lage verhängnisvoll werden. Ueberall sind die Bahnhöfe voll von Unglücklichen. Der Transport von Lebensmitteln von den Eisenbahnstationen ist bis jetzt mit Hilfe von Lastwagen und Pferden möglich, aber die Hilfe muß möglichst rasch erfolgen, da der kommende Schnee den Transport durch Pferde fast unmöglich machen wird. Während eines Reisetages habe ich an der Straße vierzehn tote Pferde gesehen.

## Die Verhandlungen um Oberschlesien.

Brüssel, 8. Dezember.

Heute vormittag 11 Uhr traten sämtliche Mitglieder der deutschen Delegation zu einer Vorbereitungsversammlung zusammen, wobei Reichsminister a. D. Schiffer eine eingehende Darstellung aller der in den morgen beginnenden Verhandlungen zur Debatte stehenden Fragen gab. Bei der Aussprache wurde der einmütige Wunsch ausgedrückt, daß seitens der Kommissionen der größte Wert auf die Mitarbeit aller Schichten der ober-schlesischen Bevölkerung gelegt wird. Zur Entgegennahme von Wünschen und Anregungen werden der deutsche Bevollmächtigte und seine Vertreter sowie sämtliche Vorsitzenden der Unterkommissionen stets gern zur Verfügung stehen. Alle Unterkommissionen hatten morgen vormittag um 10 Uhr ihre erste Sitzung ab.

## Teilung der Umsatzsteuer.

Der deutsche Städtetag hat dem Reichstage eine Eingabe überreicht, wonach Artikel 2 des Umsatzsteuergesetzes wie folgt gefaßt werden sollen:

„Von der Steuer auf Umsätze, die in Speise- und Schankwirtschaften (Hotels, Fremdenheimen, Restaurants, Cafes, Konditoreien, Bierstuben, Bars, Ozele usw.) durch Verabreichung von Speisen und Getränken, sowie von Tabakerzeugnissen und deren Ersatzmitteln zum Genuss an Ort und Stelle stattfinden, erhalten die Gemeinden einen Anteil von 80% des tatsächlichen Aufkommens. Eine Entschädigung für die Mitwirkung an der Verwaltung dieser Steuer steht ihnen nicht zu.“

## Das Arbeitsnachweisgesetz.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes fortgesetzt.

Beckmann (Generalsekretär des Angestellten): Die Angestelltenkassen kann dem Gesetz nur unter wesentlichen, die Inter-

essen der Angestellten berücksichtigenden Forderungen zustimmen. Unsere Anträge betreffen die Schaffung einer Zentrale für Angestelltenvermittlung beim Reichsarbeitsamt, der alle Fachabteilungen bei den Landesämtern und in den einzelnen Orten unterstellt werden. Bei Ablehnung dieses Antrages müssen wir uns eine neue Stellungnahme vorbehalten.

Udo (Zentralverband der Angestellten): Wir sind unbedingt für die Beibehaltung der Landesarbeitsämter. Sie sind zwar schlecht verteilt, aber wir müssen sie eben nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verteilen, nicht nach den früheren General-Kommandorichtlinien. Die große Masse der Angestellten wünscht gar nicht, aus dem Gesetz herauszubleiben. Die privaten Arbeitsvermittlungen können ja dann eben ruhig bestehen bleiben. Selbstverständlich wollen wir den Arbeitgebern, die Auswahl unter den angebotenen Arbeitskräften überlassen. Wir wünschen, daß das Gesetz nicht wieder künstlich Differenzen schafft.

Nachdem sich für den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband Havermann dafür ausgesprochen hatte, daß die Angestellten nicht in das Arbeitsnachweisgesetz einbezogen werden sollten, wies ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums darauf hin, daß in allen anderen Ländern, außer der Tschechoslowakei und Italien, die Angestellten unter die öffentliche Arbeitsvermittlung fallen. Die Kosten der Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes würden insgesamt 150 Millionen Mark jährlich betragen, die Kosten der Landesarbeitsämter würden davon nur 16 Millionen in Anspruch nehmen. Die Landesarbeitsämter sind unentbehrlich, denn wir müssen in der nächsten Zeit mit

## großen Umschichtungen der Arbeiterschaft

rechnen und dazu ist der zwischenörtliche Ausgleich notwendig. Der Entwurf der Arbeitslosenversicherung hat in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht und den Beifall der Interessenten gefunden. Er wird Anfang nächsten Jahres dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden können. Die Arbeitslosenversicherung ist nur möglich bei einem guten Funktionieren der Arbeitsnachweise.

Riedel vom Transportarbeiterverband: Wenn die Arbeitslosenversicherung im großen Umfange vereinheitlicht werden soll, dann dürfen so große Gruppen wie die Angestellten nicht außer acht gelassen werden. Die bestehenden Arbeitsnachweise werden ja an die amtlichen Organisationen angeschlossen und können wie bisher weiter arbeiten. Deshalb möchte ich den Wunsch aussprechen, daß sich die Angestellten auf den Boden des Gesetzes stellen. Sie erhalten Freiheit genug, um sich weiter zu betätigen.

Kommerzienrat Eyrich geht noch einmal auf die Kostenfrage ein und bemerkt, daß die vorgesehenen Beiträge die Kosten der Rente decken. Er spricht ebenfalls für die Ausschaltung der Angestellten aus dem Gesetzentwurf.

Demgegenüber weist der Vertreter des Arbeitsministeriums darauf hin, daß schon jetzt der größte Teil der Arbeitsvermittlung der Angestellten durch die öffentlichen Arbeitsnachweise verfahren wird. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

## Erhöhte Erwerbslosenunterstützung.

Die Reichsregierung hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage vom 5. Dezember 1921 ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungslätze zuzulassen. Diese Höchstlätze betragen:

- Für männliche Personen:
  - über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 15 M., B 13,75 M., C 12,50 M., D und E 11,25 M.;
  - über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
  - unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.
- Für weibliche Personen:
  - über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
  - über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.;
  - unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.
- Mit Familienzuschläge für:
  - den Ehegatten in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.;
  - die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige in den Ortsklassen A 6 M., B 5,50 M., C 5 M., D und E 4,50 M.

Die neuen Unterstützungslätze gelten ebenso wie bisher als Höchstlätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Aufsichtsbehörden dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungslätze festzusetzen, die nicht das höchstzulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des Höchstlages die Unterstützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar überschreiten würde.

## Personenverkehrsbeschränkung im Eisenbahndirektionsbezirk Hannover.

Hannover, 9. Dezember.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilte dem Verkehrsverband Niedersachsen mit, daß wegen Mangels an Kohlen der Personenverkehr auf den vierten Teil des bisherigen Umfanges eingeschränkt werden soll. Der Beginn dieser Maßnahme ist in der Nacht vom 9. auf dem 10. Dezember zu erwarten.

## Deutschland und Polen.

Das Polnische Komitee für Oberschlesien hat als Vertretung der Polen in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens einen Aufruf erlassen, in dem nach einigen Uebertreibungen hinsichtlich der Zahl der bei Deutschland bleibenden Polen gesagt wird, die Polen Deutsch-Oberschlesiens betrachteten sich von jetzt ab als deutsche Staatsbürger und gäben sich der Hoffnung hin, Gleichberechtigung mit den deutschen Mitbürgern zu genießen. Wir begrüßen diesen Aufruf, der in lokaler Sprache gefaßt ist und können den Polen Deutsch-Oberschlesiens versichern, daß die Sozialdemokratische Partei alles daran setzen wird, um das Wort des Reichskanzlers Dr. Wirth, der eine Versöhnungspolitik als die beste Lösung der ober-schlesischen Frage bezeichnete, Wirklichkeit werden zu lassen. Aber zu einer aufrichtigen Versöhnungspolitik gehören zwei. Eine Versöhnungspolitik Deutschlands



**Bekanntmachung.**

Der Senat, im Einvernehmen mit der Bürger-schaft, hat unterm 5. Dezember 1921 beschlossen, die nachstehenden Gebühren des Schlachthofes, der Viehmarkthalle und des Nutzviehhofes mit Wirkung vom 12. Dezember 1921 ab wie folgt zu ändern:

**1. Schlachthof.**

a) Schlachtgebühren:	
für ein Rind	Mk. 85.00
für ein fettes Kalb	15.00
für ein mütterliches Kalb, ein Lamm oder eine Ziege	10.00
für ein Schwein	Mk. 22.00
für eine mikroskopische Untersuchung	3.00
für ein Schaf	12.00
für ein Pferd	35.00
b) Untersuchungsgebühren:	
für ein Rind	Mk. 4.00
für ein Pferd	4.00
für ein Schwein oder ein Stück Kleinvieh	3.00
c) Untersuchungsgebühren für eingeführtes frisches Fleisch:	
für ein Kilogramm	0.20
d) Eintrittsgebühren:	
für ein Rind	8.00
für ein Pferd	8.00
für ein Schwein	4.00
für ein Stück Kleinvieh	3.00

Bei Schlachtungen außerhalb der Betriebsstunden (Nacht- und Morgen- und Vormittags- und Nachmittags- und Abendschlachtungen) ist auf die unter a, b und d aufgeführten Gebühren ein Zuschlag von 100 v. H. zu zahlen.

**2. Viehmarkthalle und Nutzviehhof.**

Marktgeld:	(10212)
für ein Rind oder Pferd	Mk. 8.00
für ein Schwein	4.00
für ein Stück Kleinvieh	3.00

**3. Wägegebühren auf dem Schlachthof, in der Viehmarkthalle und auf dem Nutzviehhofe**

für ein Rind	Mk. 2.00
für ein Schwein oder ein Stück Kleinvieh	1.00
für Teile eines Tieres, für Häute oder Laig	0.50

**Bekanntmachung.**

Infolge der fortgesetzt enorm gestiegenen Lederpreise und Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse sind wir gezwungen, unsere Preise zu erhöhen. (10205)

**Schuhmacher-Zwangs-Jungung.**

NB. Für unsere Mitglieder Richtsätze an bekannten Stellen.

Am Mittwoch morgen 7 1/2 Uhr ver-lahrt pöblich und unerwartet durch Herz-schlag während seiner beruflichen Tätig-keit unser Mitarbeiter, der Maschinen-wärter

**Karl Sidow.**

Sie werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. (10194)

Die Angestellten und Arbeiter der Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft.

**Vermietung von Läden.**

Es besteht die Absicht, auf dem Hofpneu-platz 2 Ladenhäuser zu erbauen. Reflektanten für Läden wollen sich im Bureau Fleischhauersstraße 18, Zimmer 6 - melden. Lübeck, den 3. Dezember 1921. (10221)

**Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.**

Empfehle diese Woge:

Prima Schweizer, Rind- und Hammelfleisch, Prima Gehacktes Pfd. 11.-, Ia. Leberwurst 20.-, Geflügel 20.-, Ia. Geräucherter Mettwurst 26.-

**Carl Möller**

Waldenstr. 11. (10231) Fernruf 2336.

**Markthallenstand 9 (Ging. Breitenstr.)**

Morgen: Ochsen- u. Hammelfleisch Pfd. nur 9.- u. 6.50 Mk. (10240) Westphal & Nehlsen.

**Beitragsmarken für Vereine, Gewerkschaften**

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

**Goeben eingetroffen!**

**Ca. 2000 Pfund Corned Beef** (Krautfleisch), fett und schmittig, per Pfund nur Mark 13.75, ganze Dosen ca. 5 1/2 Pfund Mk. 71.50.  
**Ca. 1000 Pfund pa. durchwachsenden Bauch- und Karbonadenfleisch** per Pfund nur Mark 25.25  
**Paul Burmester jun.** Feinstoffhandlung (10224) Postenstraße 24. Fernsprecher 3763.



Kanin-, Hafen-, Kagen-, Fuchs-, Marder-, Iltis-, Felle, som. Mantwürde (10203)

kauft zu den höchsten Marktpreisen. Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy, Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

**Reell!**  
Die öffentlich höchst gebotenen Preise  
f. Bruchgold, Bruchsilber, Platin, alte Gebisse (auch einzelne Zähne), Brennstifte, Brillanten, alle Münzen, Doublebruch zahlt wirklich und überbietet oft  
**Willi Westfeling** Uhrmacher u. Juwelier 32 Holstenstraße 32. Bestes Abgabegebiet für Händler. (10220)

**Ein Posten pa. Sandleberwurst** per Pfd. 16.00 Mk. eingetroffen. (10249) **Johannes Hanssen**, Rainauerlohr 17.

**Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.**

- Lodenjoppen
- Regenröcke
- Anzüge
- Leinen
- Betten
- Kleiderstoffe
- Woll. Decken
- Starke Schuhwaren
- Moderne Damenkonfektion
- Kostüme
- Mäntel, Blusen

**Ehlers & Reetwisch** Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4. Noch wirklich preiswerte Angebote.

**Dahnenbarten, allerbeste.**

fette ungesalzene Ware, Pfd. 8.50 **Koepcke**, Klingenberg 3-4. (10235)

**Berein Arbeiter-Jugend Lübeck.**

Am Sonntag, dem 11. Dezbr. 1921 abends 7 Uhr:

**Sr. Unterhaltungs-Abend im Gewerkschaftshaus (Sr. Seel).**

Deklamationen, Lieder zur Laute, Jugendspiel „Spielmanns Schuld“. Ansprache: Dr. Leber. Mitwirkung: Mandolinclub von 1911, Arbeiter-Turn- und Sportverein, Herr Obermaier (ehem. Mitglied des Stadttheaters). Eintritt einzgl. Steuer Mk. 2.50 Mitglieder Mk. 1.- (10236) Der Vorstand.

**Beckergrube 18, I.**

Großhandel Lübecker Edel-Metallhaus Kleinhandel **M. Redner & Co.** Beckergrube 18, I. Telephon 3422.

Erste Absatzstelle am Platze!

Wir zahlen nicht bis . . . , sondern feste Preise

für Gold-Bruch fein	pro Gr.	130.00
" Silber-Bruch	"	2.70
" Platin-Bruch	"	410.00
" Gold, 750 gestempelt	"	83.00
" Gold, 585 gestempelt	"	62.00
" Gold, 383 gestempelt	"	38.00
" Silber, 800 gestempelt	"	2.20
" Silber, ungestempelt	"	1.80
" Gebisse	bis zu	10 000.00
" Gebisse	pro Zahn bis zu	100.00

sowie Brillanten und Schmucksachen aller Art höchstbietend. (10250)

Lassen Sie sich nicht durch andere Reklamen verlocken.

Ankauf von 9-6 Uhr

**Wagners**

am Sonntag, dem 11. Dezember, 11 Uhr im Nordthalia.

Karten sind zu haben Königstraße 19 und an der Kasse des Theaters. (10221)

**Konsumverein für Lübeck u. Umg.**

e. G. m. b. H.

Montag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, (nicht wie in der Anzeige vom 8. 8 1/2 Uhr):

**General-Versammlung in der „Flora“.**

Tagesordnung:

1. Jahresberichte.
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verteilung der Erübrigung.
4. Wahl zum Aufsichtsrat nach § 17 des Statuts.
5. Wahlen zum Genossenschaftsrat nach § 29 des Statuts.
6. Verlesung des Berichts des Verbands-Revisors.

Eintritt und Abgabe der Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Aufsichtsrat. A. Warnde, Vorsitzender.

Die Geschäftsberichte sind in sämtlichen Abgabestellen zu haben. Der Vorstand. (10200)

**Deutscher Metallarbeiter-Berband.**

Verwaltungsstelle Lübeck (10233)

**Gemeinschaftliche Versammlung**

der Bauschlosser, Bauklemmer, Elektro-

monteure und Schmiede

am Sonntag, dem 10. Dez. abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Verwaltung.

**„Zur Mühle“**

Beckergrube 61. (10245)

La. Irane Pfeffernisse

Pfund 10 Mk.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Ortsverwaltung Lübeck (10242)

**Versammlung**

sämtlicher Hafenarbeiter

am Sonntag, dem 10. Dez. abends 7 1/2 Uhr

bei Lender, Hundestraße 41.

Tagesordnung:

Der eigentümliche Standpunkt der Arbeitgeber betreffs der Steuerzulage.

**Versammlung**

der Castarbeitler

am Sonntag, dem 10. Dez. abends 7 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

**Der Pupp doktor**

hält jede Woche Puppe. (10146) E. Reich. Markt 74.

**Moislinger Baum.**

Sonntag, 10. Dez., Anfang 8 Uhr,

Großer Eröffnungshall unter Wirkung der Phantastiktänzerin

Fr. Käthe Spethmann, f. u. h. Stadttheater. (ohne Herrn Reinhold Wolf vom Stadttheater.)

Stimmung! Humor! Köche und Keller liefern das Beste. Telefon 9075.

Für Spätwagen ist gesorgt. (10213) Rudolph Jade.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer (10241)

**Versammlung**

sämtlicher in der Schiffschiffahrt Beschäftigten

am Sonntag, dem 10. Dez. abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus

Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltung.



Unterhaltungabend am (10286) Sonnabend, 10. Dez., 7/8 Uhr, in der Schiffergesellschaft, Eing. Engelsgrube.

**Stadt. Saalbau (Warmersaal) Marionetten**

Theater deutscher Bühnenkünstler. Täglich 8 Uhr: Faust sowie Kunstmarionetten.

Heute Freitag, Sonnabend u. Sonntag nachm. 4 Uhr: Märchenspiele und Kunstmarionetten.

Nachm. zahlen Kinder halbe Preise. Karten an der Abendkasse und im Vorverkauf bei E. Robert, Breite Str. 20. (10219)

**Stadthallen-Lichtspiele.**

Vom 9.-15. Dezember 1921

**„Gollath Armstrong“**

Der Hercules der schwarzen Berge. In 6 Teilen.

**II. Teil: „Auf Leben und Tod.“**

„Trix“, „Der Roman einer Millionen-erbin“ in 6 Akten.

Nach dem Buch von E. v. Adlersfeld-Ballessrem mit Lya Mara, Ernst Hofmann.

**„Knoppchen ist Hafenbraten“.**

Lustspiel in 2 Akten. Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

**Hansatheater.**

Heute und Freitag 7 1/2 Uhr: (10193) (Freitag-Ab. 5. Vorst.)

**Frl. Puck.**

Sonntag, 7 1/2 Uhr: Reigen.

Sonntag, nachm. 8 Uhr zu kleinen Breiten. (Die 1.50 b. 8.-) Frau Holle.

Abends 7 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

**Stadttheater Lübeck**

Freitag, 9. Dez., 7 Uhr Prinz Louis Ferdi-

nand. (10217) 17. Ab.-Vorst. Nachst. A.

Sonntag, 10. Dez. 7 1/2 Uhr. Letzte Vorst. für den Faustzyklus 1920/21 für Erwachsene und jedermann:

Woloch, musikalische Tragödie in 3 Akten von Max von Schilling. Vorher einführender Vortrag von Karl Mandstaedt.

Sonntag, 11. Dez., 3 Uhr 4 Vorst. f. d. Platt-

deutsche Gilde: „Bedrugen“, hierauf: „Hirgermeister Steine“.

Kart. a. d. Theaterkasse. 7.30 U.: Einmalig. Gastp.

von Kammeränger Michael Bonnen als Westphalo und Karl Günther vom Hamb.

Stadttheater als Faust in Margarete. (10217)

Montag, 12. Dez., 7.30 Uhr: 9. vollst. Spnnet.



